

Nunkirchen. Der Ortsrat

Niederschrift 09/2004

Öffentliche Sitzung des Orsrates des Stadtteils Nunkirchen

Datum: Freitag, 3. Dezember 2004

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.30 Uhr

Unterbrechung: 21.50 Uhr bis 22.05 Uhr

Ort: Saalbau Nunkirchen

Anwesend:

Ortsvorsteher Jochen Kuttler

Die Mitglieder des Orsrates:

Pia Dillschneider

Martina Karl

Markus Landry

Thomas Landry

Arno Dühr

Werner Lauer

Josef Moos

Anke Rehlinger

Harald Kunze

Günther Weyand

Die Mitglieder des Stadtrates

Frank Hiry

Holger Lauk

Gerd Schillo

Bernd Theobald

Zu Top 2

Peter Klein, Stadtverwaltung

Verhandelt, Nunkirchen, den 3. Dezember 2004

Ortsvorsteher Jochen Kuttler eröffnet die Sitzung des Ortsrates Nunkirchen. Er stellt fest, dass die Mitglieder mit Schreiben vom 24. November 2004 ordnungsgemäß zur Sitzung des Ortsrates eingeladen wurden und dass die Einladung entsprechend den Bestimmungen des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes des Saarlandes in den Ausgaben 48/2004 und 49/2004 des Amtlichen Bekanntmachungsblattes der Stadt Wadern veröffentlicht war. Ferner konstatiert er die Beschlussfähigkeit des Ortsrates.

Werner Lauer moniert, dass er keine schriftliche Einladung zur Sitzung erhalten hat und die Sitzung somit eigentlich nicht stattfinden kann. Ortsvorsteher Jochen Kuttler stellt fest, dass er persönlich die Einladung bei ihm eingeworfen hat, er aber gerne bereit ist, die Sitzung aus diesem Grund zu vertagen, was Werner Lauer wiederum nicht für nötig erachtet. Jochen Kuttler führt aus, dass er den Mitgliedern der SPD-Fraktion die Einladung künftig per Einschreiben zustellen lassen wird, damit eine solche Situation nicht mehr entstehen kann.

Josef Moos moniert vor Eintritt in die Tagesordnung, dass von den vier von der SPD-Fraktion beantragten Tagesordnungspunkten nur einer tatsächlich Gegenstand der aktuellen Sitzung ist. Der Ortsvorsteher erinnert an das KSVG, das es dem Ortsvorsteher freistellt, die Tagesordnung zu gestalten. Außerdem ist die heutige Sitzung mit so wichtigen Themen besetzt, dass für ihn eine weitere Ausweitung der Tagesordnung außer Frage stand.

Josef Moos moniert des Weiteren eine Formulierung des Ortsvorstehers im Amtsblatt 48/2004 zur Innenraumgestaltung des Kreisverkehrsplatzes: Darin hieß es "Eigentlich hätte die Innenraumgestaltung des Kreisels Bestandteil dieser Rechnung sein können. Im aktuellen Haushalt der Stadt Wadern stehen zur Vollendung des Innenraums des Kreisels allerdings keine Mittel zur Verfügung! Selbst wenn sie im neuen Haushalt eingestellt werden, muss dieser Haushalt erst von der Kommunalaufsicht genehmigt werden, was durchaus erst Mitte 2005 geschehen kann. Dadurch könnte es ohne Weiteres sein, dass es bis Mitte 2005 dauert, bis überhaupt etwas geschieht. Das ist die aktuelle Position, deren Verantwortung weder beim aktuellen Ortsvorsteher noch bei der aktuellen Mehrheit im Ortsrat liegt." Josef Moos kritisiert diese Formulierung als parteipolitische Agitation, die im Amtsblatt nichts zu suchen hat und die zudem falsch ist, da im Haushalt von den Planungen für einen neuen Friedhof in Nunkirchen noch Gelder übrig seien. Außerdem hat die jetzige Mehrheit durch ihre Umplanung das jetzige Fehlen der Finanzierung des Kreisverkehrs zu verantworten.

Ortsvorsteher Jochen Kuttler führt aus, dass er bei seiner Informationspolitik bleiben wird, die ja von den Bürgerinnen und Bürgern überaus positiv aufgenommen wird. Mit politischer Agitation hat das nichts zu tun. Fakt ist allerdings, dass im Haushalt der Stadt Wadern für die Innenraumgestaltung des Kreisverkehrsplatzes explizit kein Geld eingestellt ist. Das hat die Stadtverwaltung dem Ortsvorsteher so mitgeteilt. Und dieser sieht auch keine Veranlassung, an der Aussage der Verwaltung diesbezüglich zu zweifeln. Ferner stellt Jochen Kuttler fest, dass die Frage der Finanzierung des Innenraums des Kreisverkehrsplatzes aus den im Haushalt der Stadt Wadern zur Verfügung gestellten Mitteln für einen eventuellen neuen Friedhof in Nunkirchen bereits vor der Kommunalwahl hinfällig gewesen ist, weil die Ausgabenreste aus der inzwischen unnötig gewordenen Friedhofsneubauplanung in Nunkirchen von der Stadt bereits anderweitig verplant worden sind. Dies kann allerdings nur schwerlich der neuen Mehrheit angelastet werden. Falls von

diesen Geldern noch nicht alles ausgegeben worden ist, sollte dies allerdings nicht öffentlich diskutiert werden. Es wäre der Sache ebenso wenig dienlich, wie es ein uneinheitliches Abstimmungsverhalten der Nunkircher Stadtratsmitglieder im zuständigen Ausschuss ist. Die richtigen Fragen in Richtung Vorfinanzierung der Innenraumgestaltung sind gestellt, der richtige Weg ist bereits beschritten. Man wird alles tun, um eine alsbaldige Vorfinanzierung zu gewährleisten, so Jochen Kuttler.

Ortsvorsteher Jochen Kuttler bittet vor Eintritt in die Tagesordnung um die Aufnahme eines weiteren Punktes auf die Tagesordnung.

Punkt 3a)

Informationen zur aktuellen Planung zur Umstrukturierung der Grundschulen im Saarland

Der Ortsrat hat dagegen keine Einwände.

Tagesordnungspunkte

I. Öffentliche Sitzung

1. Beratung über die Planungen zum Thema "Industriepark Holz"
2. Beratung über die geplanten Windkraftenergieanlagen in Nunkirchen - Anträge von ProHochwald und CDU
3. Antrag der SPD-Fraktion auf Ausweisung und Schaffung von Gewerbeflächen im Anschluss an das Gewerbegebiet im Schachen II
- 3a) Informationen zur aktuellen Planung zur Umstrukturierung der Grundschulen im Saarland
4. Information des Ortsvorstehers
5. Fragestunde der Bürgerinnen und Bürger

II. Nichtöffentliche Sitzung

6. Vergabe von Bauplätzen im Neubaugebiet Newer III

I. Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Beratung über die Planungen zum Thema "Industriepark Holz"

Jochen Kuttler verweist auf die harsche Auseinandersetzung zu Beginn dieses Jahres um das geplante Biomasseheizkraftwerk der Firmat Homanit. Mittlerweile ist der Bebauungsplan für den "Industriepark Holz" überarbeitet worden, er soll offen gelegt werden, wozu der Ortsrat zu hören ist. Jochen Kuttler betont, dass das Thema im Gegensatz zu früheren Beratungen öffentlich behandelt wird. Ihm ist es wichtig gewesen, die Diskussion auf möglichst breite Basis zu stellen. Deshalb sind die Planungsunterlagen sowohl bei ihm als auch seinem Stellvertreter einsehbar. Ferner kann man sie im Internet herunterladen. Der Ortsvorsteher verweist ebenfalls darauf, dass in zwei Diskussionveranstaltungen versucht worden ist, alle offenen Fragen im Vorfeld der Beratung durch die Räte zu klären. In Nunkirchen wurde zudem eine Informationsveranstaltung zum Thema "Homanit-Umgehung/Nord-Saarland-Straße" durchgeführt. Jochen Kuttler weist in diesem Zusammenhang Vorwürfe zurück, die Planungen seien in Nunkirchen bewusst auf die lange Bank geschoben werden. Die Thematik ist vielmehr so komplex, dass man weder von den Bürgern noch den politisch Verantwortlichen erwarten kann, drei Tage nach Erhalt der Planungsunterlagen eine Ortsratssitzung zu diesem Thema abzuhalten. Der Ortsvorsteher ist der Meinung, dass in Nunkirchen nicht übereilt, aber mit der nötigen Zügigkeit gearbeitet wurde, um sowohl den berechtigten Interessen des Unternehmens Homanit entgegenzukommen als auch den berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aus Nunkirchen. Jochen Kuttler erläutert die weitere Vorgehensweise im Bebauungsplanverfahren, die sich an die Anhörung des Orsrates zur Thematik anschließt:

- a) Beschluss der Offenlegung des Planes durch den Stadtrat
- b) öffentliche Auslegung der Bebauungspläne
- c) Abwägung über eingegangene Änderungsvorschläge und Einwände
- d) Beschluss des Bebauungsplans durch die Stadt Wadern

Der Ortsvorsteher bittet dem Rat darum, den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern später die Möglichkeit zu geben, an der Diskussion teilzunehmen, was dieser einstimmig einräumt.

Vor Eintritt in die Diskussion weist Jochen Kuttler auf das Mitwirkungsverbot nach §27 des Kommunalselfstverwaltungsgesetzes hin. Dort heißt es unter anderem:

(1) Wer ehrenamtlich tätig ist, darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit

1. ihr oder ihm selbst,
2. einer oder einem ihrer oder seiner Angehörigen,
3. einer von ihr oder ihm kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(2) Das Mitwirkungsverbot gilt auch, wenn die oder der ehrenamtliche Tätige

1. Angehörige oder Angehöriger einer Person ist, die eine natürliche oder juristische Person, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, in der betreffenden Angelegenheit vertritt,
2. bei einer natürlichen oder juristischen Person oder einer Vereinigung, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, gegen Entgelt beschäftigt ist und nach den tatsächlichen Umständen, insbesondere der Art ihrer oder seiner Beschäftigung, ein Interessenwiderstreit anzunehmen ist (...)

(4) Ob Interessenwiderstreit vorliegt, entscheidet im Streitfall der Gemeinderat. Die von der Entscheidung Betroffenen dürfen an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen.

Anke Rehlinger erklärt für die SPD-Fraktion, dass bei Josef Moos in diesem Falle – im Gegensatz zur Ortsratssitzung vom 16. Februar 2004 - kein Interessenwiderstreit vorliegt, weil hier kein unmittelbarer Vorteil ableitbar ist. Im Übrigen seien in Niederlosheim bei gleicher Thematik zwei Mitarbeiter von Homanit an den Beratungen im Ortsrat beteiligt gewesen. Der Ortsvorsteher erklärt, dass das in Niederlosheim durchaus so gewesen sein könne, hier aber die Entscheidung in Nunkirchen getroffen wird. Frank Hiry erklärt für ProHochwald, dass er sehr wohl einen Interessenwiderstreit sieht. Harald Kunze schließt sich für die CDU-Fraktion dieser Meinung an. Der Ortsvorsteher lässt den Ortsrat über die Frage abstimmen, ob im Falle von Josef Moos ein Interessenwiderstreit anzunehmen ist oder nicht.

Abstimmung: 7 Ortsratsmitglieder sehen einen Interessenwiderstreit, 3 sehen keinen, einer enthält sich.

Josef Moos nimmt an den nachfolgenden Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Thomas Landry führt für ProHochwald aus, dass alle Menschen im Ort die Erweiterungspläne der Firma Homanit nachhaltig begrüßen. Die Ereignisse im Frühjahr 2004 und die darauf folgenden Diskussionen haben dazu geführt, dass der Bebauungsplan "Industriepark Holz" überdacht und in wesentlichen Punkten geändert wurde. Dieser geänderte Bebauungsplan enthält nun unter anderem folgende Bestimmungen in Bezug auf eine Energiezentrale:

- keine Verbrennung von Altholz der Klassen A3 und A4
- keine Verbrennung von anderen Stoffen als den Hölzern A1 und A2
- Orientierung der Feuerungsanlage am eigenen tatsächlichen Energiebedarf des Homanit-Werkes

Weitergehende Bestimmungen oder weitergehende Einschränkungen enthält der neue Bebauungsplan nicht. Weiterhin soll es einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Wadern, der Gemeinde Weiskirchen und der Gemeinde Losheim, dem Unternehmen Homanit GmbH & Co. KG sowie der Saarland Bau und Boden GmbH geben, der weitere Details regelt, so zum Beispiel.

- die Verpflichtung der Fa. Homanit GmbH & Co KG, künftige Feuerungsanlagen nach der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung zu errichten
- die Verpflichtung der Saarland Bau und Boden GmbH, bei künftigen Ansiedlungen die Belange der benachbarten Kommunen Wadern und Weiskirchen zu berücksichtigen

Nach Auffassung von ProHochwald sind zusätzlich zu den bisher getroffenen Maßnahmen weitergehende Regelungen notwendig, um den Interessen der Stadt Wadern und ihrer Bürgerinnen und Bürger in ausreichendem Maße gerecht zu werden.

ProHochwald setzt sich daher dafür ein, dass die Offenlegung des Bebauungsplanes vom Ortsrat gebilligt wird, fordert aber gleichzeitig, dass wichtige Punkte im Bebauungsplan bzw. in einer städtebaulichen Vereinbarung zwischen den Beteiligten ihren Niederschlag finden, die bisher dort nicht geregelt sind. Diese Punkte, so Thomas Landry, orientieren sich strikt an den Beschlüssen des Orsrates Nunkirchen vom 16. Februar und an denen des Stadtrats Wadern vom 4. März 2004. Es werden keine Auflagen gefordert, die Homanit nicht schon zugestanden hat, sondern nur deren Absicherung. So betreffen die Auflagen nur künftige Ansiedlungen.

Der Ortsvorsteher verliest die ihm vorliegende Erklärung von ProHochwald:

--

Erklärung

des Ortsrates Nunkirchen zur Aufnahme in den Bebauungsplan „Industriepark Holz“, bzw. in den städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Wadern, der Gemeinde Losheim am See, der Gemeinde Weiskirchen, der Firma Homanit GmbH&CoKG und der Saarland Bau und Boden GmbH.

Forderungen für den Bebauungsplan

1. Der Ortsrat fordert eine Klausel im Bebauungsplan, die alle Betriebe verpflichtet, beim Bau und Betrieb von Großfeuerungsanlagen mit mehr als 15 MW Feuerungswärmeleistung die Bestimmungen der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung einzuhalten.
In der aktuellen Planung fehlt eine Reglementierung der Feuerungsanlagen, die künftig dort geplant bzw. errichtet werden. Auch wenn sich die Homanit GmbH & Co KG in einem städtebaulichen Vertrag verpflichtet, die Richtlinien der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung (bzw. evtl. Ersatz- oder Nachfolgeregelungen) einzuhalten, so gilt dies nicht für die übrigen Betriebe in diesem Industriegebiet.
2. Die bereits bestehende Feuerungsanlage der Firma Homanit GmbH & Co KG wurde nach der 13. Bundesimmissionsschutzverordnung genehmigt. Sie wird weiter betrieben. Diese Anlage muss in absehbarer Zeit an die Bestimmungen der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung angepasst werden. Dabei sollen sowohl die umwelttechnischen Aspekte als auch die Belange der Fa. Homanit GmbH&Co KG sowie wirtschaftliche Gesichtspunkte Berücksichtigung finden.
Die Umstellung dieser Anlage auf die Anforderungen der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung soll spätestens dann geschehen, wenn technische Aspekte, gesetzliche Erfordernisse oder behördliche Anordnungen einen Umbau der Anlage ohnehin notwendig machen. Sollte ein solcher Fall nicht eintreten, ist eine Umstellung der bestehenden Anlage bis zum 1.1.2014 als verbindlich festzulegen. Damit wäre auch die Offenlegung aller gemessener Daten für die Altanlage gewährleistet.
Sollte eine Nachrüstung der Altanlage nach der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung wirtschaftlich unvertretbar sein, so ist laut Bebauungsplanvorlage eine Vergrößerung der geplanten Energiezentrale auf den Energiebedarf des Gesamtbetriebes durchaus möglich, vorausgesetzt, die Fa. Homanit GmbH & Co. KG erklärt sich dazu bereit, die bisherige Energiezentrale zu dem o.g. Zeitpunkt abzuschalten. Dieser Punkt bezieht sich exakt auf die Forderung des vom Stadtrat Wadern am 4. März 2004 einstimmig gebilligten Beschlusses, „die Durchsatzmengen (einer Energiezentrale) müssen sich am eigenen Prozesswärmebedarf orientieren“. Damit kann auch eine erweiterte neue Energiezentrale nach der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung in Betrieb genommen werden, wenn die bisherige Anlage dann stillgelegt wird.
3. Ergänzend zu den kontinuierlichen Messungen am Schornstein gem. der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung muss eine quasi-kontinuierliche Dioxinmessung im Abgasstrom bei allen Großfeuerungsanlagen ab 15 MW Feuerungswärmeleistung stattfinden. Nur durch diese Messungen ist eine Bestimmung der Schadstoffklassen der verbrannten Althölzer möglich. Diese Forderung entspricht sowohl der Resolution des Stadtrates Wadern vom 4. März 2004 als auch der des Ortsrates Nunkirchen vom 16. Februar 2004. Nur so kann den Anforderungen des Stadt- und Ortsrats entsprochen werden.

Forderungen, die Eingang finden müssen in den städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Wadern, der Gemeinde Losheim am See, der Gemeinde Weiskirchen, der Firma Homanit GmbH&CoKG und der Saarland Bau und Boden GmbH.

1. Der Ortsrat Nunkirchen fordert eine Mehrkomponentenmessstation des Immissionsmessnetzes Saar (IMMESA) im Stadtgebiet Wadern. In seiner Sitzung vom 4. März 2004 hielt der Stadtrat Wadern, wie vorher auch schon der Ortsrat Nunkirchen am 16. Februar 2004, einstimmig fest, dass "keine punktuellen, sondern kontinuierliche Dauermessungen vorzunehmen" sind. Das kann sinnvollerweise nur dann geschehen, wenn neben den Messungen an einer zu errichtenden Energiezentrale auch dort Messungen vorgenommen werden, wo Immissionen zu erwarten sind. Nur dann sind aussagekräftige Ergebnisse über die tatsächlich vorhandene Belastung zu erwarten. Dem Ortsrat Nunkirchen erscheint ein noch genauer zu bestimmender Standort zwischen Nunkirchen und Noswendel für einen Messpunkt im IMMESA Immissionsmessnetz Saar geeignet, da dieser Standort in einer Hauptwindrichtung für die Emissionen des „Industrieparks Holz„ liegen muss. Im gesamten Nordsaarland ist kein Messpunkt des IMMESA installiert. Im gesamten Saarland gibt es 11 Messpunkte, davon 6 im Ballungsraum Saarbrücken, 2 im Ballungsraum Saarlouis/Dillingen und 3 im restlichen Saarland – dies sind die Standorte Biringen, Berus und Bexbach. Keine dieser andernorts liegenden Messstationen kann die Emissionen des "Industrieparks Holz" erfassen. Im Bebauungsplan zum "Industriepark Holz" wird explizit darauf hingewiesen, dass die Kommunen Wadern, Weiskirchen und Losheim am See zu den wichtigsten touristischen Gemeinden des Saarlandes zählen und daher auch auf eine besondere Luftqualität, die über den üblichen Standards liegt, angewiesen sind. Dies ist nur zu gewährleisten, wenn diese Luftqualität permanent überprüft werden kann. Daher sollte die Saarland Bau und Boden GmbH im städtebaulichen Vertrag gewährleisten, dass eine solche Station im Jahr 2005 errichtet und dauerhaft betrieben wird. Eine Stilllegung der Messstation soll frühestens 20 Jahre nach Errichtung möglich sein. Nur so kann auch bei späteren Ansiedlungen die Berücksichtigung der Interessen der vorgenannten Kommunen gewährleistet werden. Sollte die Forderung nach Errichtung der vorgenannten Messstation nicht erfüllt werden können, muss die Art der Betriebe, die künftig im Industriegebiet Holz zugelassen sind, im Bebauungsplan eindeutig reglementiert werden. Sollte dies ebenfalls nicht möglich sein, muss sich die Stadt Wadern über einen entsprechenden Eintrag im Bebauungsplan ein Vetorecht gegen zukünftige Anlagen vorbehalten, weil die Gesundheitsbelastungen, die mit deren Errichtung verbunden sein könnten, nach heutigem Ermessen nicht abschätzbar sind.
2. In seinem Beschluss vom 4. März 2004 stellt der Stadtrat Wadern, in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Ortsrates Nunkirchen vom 16. Februar 2004, fest: "Es muss sichergestellt sein, dass die vorhandenen touristischen Infrastrukturen und die anhaltenden touristischen Bemühungen in der Hochwaldregion in keinsten Weise gefährdet bzw. gar zunichte gemacht werden". Deshalb fordert der Ortsrat Nunkirchen festzuschreiben, dass eine aktuelle wie auch eine zukünftige Nutzung des "Industrieparks Holz" der denkmalrechtlichen Bedeutung und dem Schutz des Schlosses Münchweiler als Kulturgut von herausragender Bedeutung (einziges in dieser Art und Weise noch erhaltenes Barockschloss im Saarland) in jedweder Form gerecht werden muss. Diese Bestimmung muss für sowohl für den aktuellen Betreiber als auch für jeden eventuellen Nachfolger gelten.

Günther Weyand begrüßt für die CDU-Fraktion die detailliert ausgearbeitete Erklärung und bedankt sich für den eingebrachten Sachverstand. Er erinnert daran, dass man zufrieden sein kann, dass die Thematik noch einmal in abgeänderter Form im Ortsrat diskutiert werden kann. Immerhin hat das im Frühjahr noch ganz anders ausgesehen.

Harald Kunze stellt fest, dass ihm eine kürzere prägnantere Version lieber gewesen wäre, der Sachverhalt aber so komplex ist, dass er einer längeren Erläuterung bedarf. Der Ortsvorsteher betont, dass er glaubt, dass mit dieser Erklärung, die äußerst aufwändig erarbeitet wurde und an der mehrere Fachleute mitgewirkt haben, ein möglichst weitreichender Schutz der Bevölkerung erreicht werden kann. Ferner behindern die Forderungen Homanit in ihren Erweiterungsplänen keineswegs, da die Geschäftsführung ohnehin vorgesehen hat, ihre Energiezentrale nach der 17. Bundesimmisionsschutzverordnung zu betreiben. Wichtig ist aber, dass auch andere Unternehmen, die sich dort in naher oder ferner Zukunft ansiedeln, an diese Auflagen gebunden sind. Die IMMESSA-Messtation hingegen, so der Ortsvorsteher, garantiert, dass die tatsächliche Belastung der Bevölkerung ständig gemessen wird. Da das nördliche Saarland diesbezüglich völlig unterrepräsentiert ist, ist eine solche Station von großem allgemeinen Nutzen, weit über die Thematik "Industriepark Holz" hinaus.

Nach längerer Diskussion – auch mit den Bürgerinnen und Bürgern im Saal – stimmt der Ortsrat einstimmig der Offenlegung des Bebauungsplanes zu.

Ferner beschließt der Ortsrat einstimmig, die von ProHochwald vorgelegte Erklärung an den Stadtrat mit der Bitte weiterzuleiten, sie in den Bebauungsplan bzw. in die städtebaulichen Vereinbarungen einzuarbeiten.

Tagesordnungspunkt 2

Beratung über die geplanten Windkraftenergieanlagen in Nunkirchen - Anträge von ProHochwald und CDU

Der Ortsvorsteher bedankt sich beim Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Peter Klein, für sein Kommen. Jochen Kuttler stellt klar, dass er persönlich nicht grundsätzlich gegen Windkraft ist, er den vorgesehenen Standpunkt nordöstlich des Gewerbegebiets im Schachen allerdings für ungeeignet hält. Ferner ist ihm völlig schleierhaft, warum der Ortsrat bisher nur ein einziges Mal, nämlich am 5. September 2003, zu dieser Thematik gehört wurde und das unter dem Tagesordnungspunkt mit dem lapidaren Titel "Beratung und Stellungnahme des Ortsrats zum 3. Entwurf des Landesentwicklungsplans Umwelt". Dieser harmlose Name offenbarte nicht die Brisanz, die in diesem Thema steckt, so der Ortsvorsteher. Der Landesentwicklungsplan Teilabschnitt Umwelt ist seit 27. Juli 2004 rechtskräftig. Nordöstlich von Nunkirchen gibt es somit höchst offiziell und rechtskräftig ein Vorranggebiet für Windkraftenergieanlagen und das ohne ausreichende Beteiligung des Orsrates. Der Ortsvorsteher möchte von Herr Klein wissen:

- a) Welche konkreten Bauanträge gibt es bezüglich Windkraftanlagen in und um Nunkirchen?
- b) Wie ist der Sachstand für die gesamte Stadt Wadern insbesondere im Hinblick auf die Ausweisung und die Anfrage nach Vorranggebieten?
- c) Warum wurde der Ortsrat in keinsten Weise noch einmal zu diesen Punkten gehört?

Herr Klein führt aus, dass der Stadtverwaltung drei Baugesuche zur Errichtung von insgesamt zwei Windenergieanlagen auf der Gemarkung "Im Stockland" , nordnordöstlich des Gewerbegebietes Weiskircher Straße vorliegen. Diese stützen sich auf den seit Juli 2004 rechtskräftigen Landesentwicklungsplan Teilabschnitt Umwelt . Der Ortsrat Nunkirchen hat zwar seinerzeit dem Stadtrat empfohlen, einen Standort in Wadrill zu favorisieren. Dem hat der Stadtrat auch zugestimmt, allerdings mit der Maßgabe, dass es

bei Nichteignung des Wadriller Standortes beim vom Ministerium für Umwelt festgelegten Bereich in Nunkirchen mit Ausschlusswirkung bleibt. Ausschlusswirkung heißt, dass damit im gesamten Stadtgebiet keine anderen Windkraftenergieanlagen mehr genehmigt werden dürfen. Diese Ausschlusswirkung für alle anderen Stadtgebiete wurde von der Unteren Bauaufsichtsbehörde nicht akzeptiert. Das wiederum führte dazu, dass die Stadt durch Beschluss des Rates vom 27. Mai 2004 eine Untersuchung bei ARGUS-Concept in Auftrag gegeben hat. Den Entwurf dieser Winduntersuchung präsentiert ARGUS voraussichtlich in der Januar-Sitzungswoche dem Stadtrat und seinem Planungsausschuss. Danach wird neu entschieden.

Günther Weyand führt für die CDU-Fraktion aus, dass es schon sehr erstaunlich ist, dass der Ortsrat sich theoretisch im September 2003 mit einem Vorranggebiet beschäftigt, damals aber offensichtlich schon konkrete Bauanträge vorlagen, von denen im Rat niemand etwas wusste. Die Informationspolitik der Stadtverwaltung lässt hier sehr zu wünschen übrig, so Günther Weyand.

Gerd Schillo weist darauf hin, dass nach Rechtskraft des Landesentwicklungsplans und in Ermangelung eines diesbezüglichen Flächennutzungsplans Nunkirchen Vorranggebiet für Windkraftanlagen ist und daher Anspruch auf Baugenehmigung besteht, wenn Baugesuche vorliegen. Dem schließt sich Harald Kunze an, weist jedoch darauf hin, dass immer noch die Möglichkeit besteht, in einem Flächennutzungsplan evtl. besser geeignete Vorranggebiete festzulegen. Soweit solche Festlegungen sachlich begründet und nachvollziehbar sind, haben sie auch Ausschluss für andere Gebiete im Stadtbereich. Und eben dies muss das angesprochene Gutachten erweisen.

Der Ortsvorsteher bittet Herrn Klein eindringlich, die Informationspolitik bezüglich der Windkraftanlagen offensiver zu gestalten. Sowohl der Rat als auch der Ortsvorsteher hätten ein Recht darauf, an allen Planungsschritten diesbezüglich beteiligt zu werden. Das muss in Zukunft Maxime sein, so Jochen Kuttler.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der SPD-Fraktion auf Ausweisung und Schaffung von Gewerbeflächen im Anschluss an das Gewerbegebiet im Schachen II

Josef Moos erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Angesichts mangelnder Flächen im Gewerbegebiet "Im Schachen" soll eine moderate Erweiterung nach Norden ins Auge gefasst werden. Diese ist sei auch kostengünstig zu realisieren, weil im betreffenden Gebiet die Versorgungsleitungen bereits liegen.

Frank Hiry stellt für ProHochwald heraus, dass man selbstverständlich daran interessiert ist, das Gewerbegebiet in Nunkirchen zu erweitern, die Priorität der Stadt Wadern allerdings eindeutig beim Gewerbegebiet "Am Hals" in Wadern liegt und man insofern schon mit einer langen Wartezeit bis zu einer Realisierung rechnen muss. Außerdem muss bei einer wie auch immer geplanten Erweiterung darauf geachtet werden, dass eine mögliche Trasse für eine Nord-Umgehung nicht verbaut wird.

Harald Kunze erklärt für die CDU-Fraktion, dass eine Erweiterung zwar wünschenswert ist, er aber auch die Priorität der Stadt Wadern für das kostenintensive Projekt "Am Hals" sieht. Nichtsdestotrotz sollte man den Weg bereiten.

Der Ortsrat beschließt, die Stadt Wadern zu bitten, einer Erweiterung des Gewerbegebietes "Im Schachen" in Angriff zu nehmen.

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Tagesordnungspunkt 3a)

Informationen zur aktuellen Planung zur Umstrukturierung der Grundschulen im Saarland

Der Ortsvorsteher informiert über das Projekt der Landesregierung "Grundschule der Zukunft". Diese Maßnahme wird zwangsläufig dazu führen, dass Grundschulen geschlossen werden. Auch in der Stadt Wadern. Zwar bestehen für der Standort Nunkirchen gute Chancen, erhalten zu bleiben, trotzdem ist es, so Jochen Kuttler, auch für andere Orte ein schwieriger Verlust, wenn die Schule im Ort geschlossen wird. Sich dabei auf der sicheren Seite zu sehen, greift zu kurz. Denn niemand weiß, wie die Diskussion angesichts der demographischen Entwicklung, die uns einen Rückgang der Kinderzahlen voraussagt, in wenigen Jahren aussehen wird. Ohne die Landespolitik kommentieren zu wollen und abgesehen von pädagogischen Problemen, kann man sich aber auch die Frage stellen, welche Kosten auf die Stadt durch die zusätzlichen Bustransporte zu kommen.

Anke Rehlinger führt für die SPD-Fraktion aus, dass sie die Landespolitik für völlig verfehlt hält. Sie fordert die Bürgerinnen und Bürgern auf, für ihre Schulen zu kämpfen, da sie ein wichtiger Bestandteil der Sozialisation der Kinder sind.

Tagesordnungspunkt 4

Informationen des Ortsvorstehers

a) Kurzer Rückblick

- Der Ortsvorsteher lässt die Info-Veranstaltung Nord-Saarland-Straße Revue passieren und zeigt sich sehr erfreut, dass sowohl das Wirtschaftsministerium als auch der Landesbetrieb für Straßenbau zugesagt haben, die Saarbrücker Straße und die Straße "Im Flürchen" neu zu asphaltieren, um so die Lärmbelastung, die durch die schlechten Wegstrecken entsteht, zumindest zu verringern. Jochen Kuttler informiert auch darüber, dass das Verkehrsgutachten nun im Januar/Februar erstellt werden soll. Der Leistungsumfang des Gutachtens ist bereits festgelegt.
- Auch die Info-Veranstaltung "Anschluss an die Kläranlage Büschfeld" war, so der Ortsvorsteher, ein voller Erfolg. Mehr als 100 Besucher wurden anhand einer ausführlichen Präsentation über das Projekt, das rund neun Millionen Euro kostet, informiert und ihre Fragen wurden beantwortet.
- Ein herzliches Dankeschön gebührt Siegfried Engel für die Organisation des 1. "Nunkircher Nachmittags", der mit fast 400 Besuchern ein toller Erfolg war.

b) Innenrenovierung der Pfarrkirche

Jochen Kuttler verliest ein Schreiben des Dechanten, Herrn Willmes, an den Bürgermeister der Stadt Wadern. In diesem Schreiben bittet Dechant Willmes die Stadt um einen Zuschuss zu den Kosten der Herstellung der Ehrenmale in den Seitenschiffen der Kirche. Hier sollen die Namen der Gefallenen des 1. Weltkrieges wieder aufgetragen werden. Die Gesamtmaßnahme kostet 3549,60 Euro. Der Ortsvorsteher schlägt vor, dass der Stadtteil Nunkirchen mit gutem Beispiel vorangehen soll und eine Spende von etwa 10 Prozent der Gesamtkosten aus dem Ortsratsbudget zur Verfügung stellen könnte. Der Ortsrat folgt diesem Gedanken und beschließt einen Zuschuss von 350 Euro zur Maßnahme der Pfarrgemeinde.

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

c) Umbenennung der Straße "Industriestraße"

Die Industriestraße wurde mit dem Beschluss des Ortsrates vom 10. November 2004 in "Am Feldwäldchen" umbenannt. Zwischenzeitlich wurden auch die Hausnummern neu geordnet. Der Ortsvorsteher bedankt sich bei René Bergling für seine Federführung bei dem Projekt. In den nächsten Tagen erhalten alle Anwohner Formblätter, die es ihnen vereinfachen sollen, die Adressenänderung Banken, Versicherung etc. mitzuteilen.

d) Informationen zum Containerstandort "Sportplatz"

Jochen Kuttler informiert darüber, dass die Stadtverwaltung beabsichtigt, am Standort Sportplatz noch zwei weitere Papiercontainer aufzustellen, da der Bedarf dafür offensichtlich vorhanden ist. Der Ortsvorsteher bittet in diesem Zusammenhang die Verwaltung, die Container möglichst bald etwas weiter entfernt von der Hainbuchenumrandung aufzustellen, damit die Behälter von beiden Seiten befüllt werden können.

e) Internetseite für Nunkirchen

Jochen Kuttler informiert darüber, dass Nunkirchen ab 1. Januar eine eigene Homepage (www.wad-nun.de) haben wird und bedankt sich beim Ortsratsmitglied Markus Landry schon jetzt für dessen tatkräftiges Engagement.

5. Veranstaltungshinweise

Unter anderem weist der Ortsvorsteher auf den Neujahrausblick hin. Dieser findet am Sonntag, dem 23. Januar 2005 um 17 Uhr im Saalbau statt.

Tagesordnungspunkt 5

Fragestunde der Bürger

- Arno Dühr erinnert an die Oktobersitzung des Orsrates, in der beschlossen wurde, in der Straße "Im Oberdorf" Schilder mit der Kennzeichnung "Schlechte Wegstrecke" aufzustellen. Ferner sollte deshalb hier Tempo 30 gelten. Die Verwaltung wird gebeten, diesem Beschluss des Orsrates zeitnah nachzukommen.
- Rudi Valentin bittet darum, in der Straße "Newerweg" ein Tempo 30-Schild aufzustellen. Dies war schon 2002 vom Ortsrat beschlossen worden, ist bisher aber nicht installiert worden. Josef Moos führt aus, dass es dazu bereits einen Ortsratsbeschluss gab. Der Ortsrat bittet die Verwaltung, möglichst bald hier tätig zu werden.